

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1871

10.5.1871 (No. 118)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 10. Mai.

Nr. 118.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 8 kr. u. 2 fl. 4 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1871.

Telegramme.

† **Verfailles**, 8. Mai, 9 Uhr Morgens. Unsere Truppen haben ihre bisherigen Stellungen stark befestigt. Man versichert, daß die Batterien bei Montretout (von 82 Geschützen) diesen Morgen ihr Feuer eröffnen würden. Sonst hat sich nichts ereignet.

Eine im Laufe des Morgens angeschlagene Proklamation der Regierung an die Pariser sagt: Frankreich ist in durchaus freier Weise konsultirt worden. Die bestehende Regierung ist deshalb die einzig legale, die einzige, welche Gehorsam verlangen darf. Dieselbe verleiht Euch dieselben Rechte, wie Lyon und Marseille. Ihr könnt unmöglich für Euch weitergehende Rechte verlangen. Die Minderheit, welche Euch bebrückt, will Frankreich ihren Willen aufzwingen. Sie verlegt das Eigenthum, wirft die Bürger ins Gefängniß, hebt die Arbeit auf, hält den Wohlstand zurück und verzögert die Räumung unseres Gebietes durch die Deutschen, ja setzt Euch neuen Angriffen der letzteren aus, welche sie nach ihrer eigenen Erklärung rücksichtslos ins Werk setzen würden, wenn wir nicht selbst die Insurrektion zu ersticken vermögen.

Wir versprechen nochmals Denjenigen, welche die Waffen niederlegen, das Leben zu schenken. Wir werden fortfahren den hilfsbedürftigen Arbeitern Unterstützungen zu gewähren; aber der Aufstand muß ein Ende nehmen, denn die Fortdauer desselben würde Frankreich den Untergang bereiten. Die Regierung hätte gewünscht, daß Ihr Euch selbst von Euren Tyrannen befreien könntet. Da Ihr aber nicht dazu im Stande seid, so muß es die Regierung selbst thun. Bis jetzt hat sich dieselbe darauf beschränkt, die äußeren Werke anzugreifen. Der Augenblick ist nun gekommen, um Eurer Warten ein Ende zu machen. Wir müssen die Enceinte angreifen. Paris wird nicht bombardirt werden. Das Geschützfeuer wird nur dazu dienen, einen Durchgang zu erzwingen.

Die Proklamation ermahnt die Pariser schließlich, sich den Soldaten, sobald dieselben die Enceinte hinter sich haben, anzuschließen und unter dem nationalen Banner zu sammeln. Wenn sie den Schrecken einer Erstürmung entgegen wollten, möchten sie aber, die so viel zahlreicher seien als die Anhänger der Commune, der Regierung die Thore öffnen. In wenig Tagen werden wir in Paris sein, denn Frankreich will, muß und kann dem Bürgerkrieg ein Ende machen.

† **Magdeburg**, 8. Mai. Der „Magdeb. Corresp.“ meldet, daß die Bewilligung des regulativmäßigen Zoll-erlasses für die indirekten Weinbezüge aus Bordeaux und Geste via Hamburg auch für die Bezüge via Bremen und Bremerhaven zugelassen worden ist.

† **Brüssel**, 8. Mai. Die „Indep. belge“ erwähnt eines heute hier an der Börse verbreiteten Gerüchtes, wonach der Friede so gut wie unterzeichnet sei.

Der französische Bürgerkrieg.

* In Nr. 116 d. Bl. haben wir aus der Pariser „Patrie“ ein Klagegedicht auf die jetzigen französischen Zustände mitgetheilt, in dem sich die Stimmung der bessern, verständigern und patriotischen Männer in Frankreich ausdrückt. Ein Seitenstück dazu bilden verschiedene Klagebriefe, welche J. Lemoine, der langjährige Mitarbeiter des „Journ. des Deb.“ an die „Ind. Belge“ richtete. Wir entnehmen denselben folgende Stelle:

Es ist das furchtbare Paradoron, das je der Vernunft gestellt wurde: Ein Zigeunervolk, Nomaden ohne Land und Namen, die in ihren Reisefarren schlafen, ihr Essen auf der Heerde tragen, ihr Vaterland an der Spitze ihres Schutzes tragen, wenn sie überhaupt Schutz haben, das sind die Kämpfer einer Revolution im Namen der Commune, der Municipalität der Stadt, im Namen aller Lokalen und Sechshöfen! Welch eine Komödie, und ach, welch grausame Tragödie! Ja, jene Deutsche hatten Recht, als sie uns jüngst den französischen Völkern zittirten: „un grand desin s'achève, un grand desin commence.“ Ja, ihre große Bestimmung beginnt, die untrüge ist zu Ende. Es gibt kein Frankreich mehr. Während der Deutsche seinen Traum vieler Jahrhunderte verwirft, während er seine nationale Einheit vollendet, während alle seine kleineren Sterne um die große Sonne des Reichs gravitiren und die uns abgerungenen Provinzen sich zu fragen beginnen, ob sie die Kostrennung von dem kranken Körper bedauern sollen, verschwindet mehr und mehr im Herzen Frankreichs die Idee des Vaterlandes, um unbestimmteren, namen-, farblosen und farblosen Ideen Platz zu machen. Es gibt keine nationale Gesellschaft mehr, es gibt nur eine internationale; der Kosmopolitismus hat den Patriotismus getödtet. Die Soldaten der Commune schlagen sich gegen ihre Weibbürger viel resoluter und hartnäckiger, als gegen die Deutschen.

Der Instinkt des Vaterlandes, der Heimath existirt in diesen namenlosen, unverschämten Massen nicht. Was ist ihnen Straßburg und Lothringen, was Paris! Was sie fordern, sind die agrarischen Gesetze, angewandt auf das Kapital. Die Liebe zum Vaterland hatte sich aus dem Volke in die wohlhabendere, gebildete, vor allem in die Mittelklasse geflüchtet. Sie liebt jetzt während der Belagerung von Paris die

tapfern, opferfähigen Streiter, während die Masse nur für kaiserliches Geld „nach Berlin“ schrie, sich ihren Mißgängen bezahle ließ und das Frengeld gab, wenn sie kämpfen sollte. Wäre das Banner der Commune in den Händen der Mittelklasse geblieben, so lenne ich gar Viele, die ihm gefolgt wären. Frankreich schuldet Paris mehr als ihm geworden ist. Aber da kamen die Zigeuner, sie verzerrten die Idee der Commune, um eine gräßliche Orgie an ihre Stelle zu setzen. Da ging das Programm der Stadtgemeinde in Blut und Schmutz unter und wir finden uns der sozialen Revolution gegenüber.

Wissen Sie, was das zweifelhafte Resultat dieser verbrecherischen Revolution ist? Sie hat das Gefühl des Vaterlandes auch in den höheren Klassen vernichtet, wie es schon in den niederen vernichtet war. Wo sind die Zeiten, wo wir nur Worte des Hasses, des Hasses gegen den auswärtigen Feind hatten? Nach all den Unglückschlägen des Kriegs, nach der Niederlage und Uebergabe unserer Armer, dem Zusammenbruch unseres Militärstaats, der Belagerung, der Hungernöth, der Abtretung zweier der größten Provinzen und der Unterwerfung unter einen Tribut, wie ihn die Geschichte nie gesehen, sollte es der harten Demüthigungen und Erniedrigungen noch nicht genug sein; das Maß war noch nicht voll; auf der Heerde des Ruins und der Schande sollten wir noch eine weitere Station zurücklegen. Wohl erinnere ich mich, welche Pein die edleren Gemüther, die philosophischen Geister bei dem Gedanken empfanden, daß der Krieg viele Generationen hindurch in beiden großen Nationen die Reime unaussprechlichen Hasses und unbefugbarer Rachsucht legen würde; man sah schon kleine Hamillars, Hannibals emporwachsen, bestimmt, für ihre Väter Rache zu nehmen. Wo ist jetzt dieses Gefühl patriotischer Rache? Die unerwarteten Katastrophen haben es erstickt; das rothglühende Eisen des Bürgerkriegs hat die offenen Wunden der fremden Invasion geschlossen. Wer denkt heute daran, daß die Preußen noch auf unserm Boden stehen, die Hälfte unseres Landes besetzt halten, in unsern Häusern leben und essen, an unserm Herd sich wärmen, in unsern Betten schlafen, daß sie bei uns zu Hause sind, wie bei sich daheim? Der äußere Feind ist vertrieben vor dem innern. Der Bürgerkrieg hat die Idee des Vaterlandes selbst in den Herzen getilgt, wo sie ihre letzte Stätte gefunden. Finis patriae!

Als ich das erste Mal nach den sechs Monaten unserer Belagerung die Städte und Dörfer besuchte, welche der Feind besetzt hielt, da konnte ich noch das Schandern wahrnehmen, welches ihnen die fortdauernde Anwesenheit der fremden Gebieter einflößte. Wenige Wochen darauf, als ich abermals in die Provinz kam, mußte ich mit tiefstem Verzeihen Zeuge der wüthigen Unstimmung der Gemüther sein. Kaum wagt man es zu gehen, aber es ist Thatsache: die Pariser Saturnalien haben die Provinz so erschreckt, daß sie in der Anwesenheit der fremden Krieger ein Unterland der Sicherheit sehen. Es ist vorbei! Es gibt kein Vaterland mehr; Frankreich ist im Schiffsbruch untergegangen!

Paris. Zu den Aeußerungen des Fürsten Bismarck im Reichstage über die kommunalen Bestrebungen der Commune bemerkt das „Mot d'ordre“:

Unsere Leser werden ohne Zweifel den boshafsten Seitenhieb bemerkt haben, welchen Hr. v. Bismarck hier dem Hrn. Thiers und seinen Bauernfleuten gibt. Der Fürst-Kanzler hat übrigens Recht; er ist — und dies ist nicht die letzte Schande unserer Zeit — hundertmal vorgeschrittener als alle diese Leute; er kennt kein wirksameres Mittel, die Sympathien der Bevölkerungen von Genuß und Lothringen zu gewinnen, als ihnen in reichem Maße alle jene Gemeindefreheiten zu gewähren, deren bloße Erwähnung Hrn. Thiers die Haare zu Berg sträubt und alle Kammen der Majorität von ihren Sigen aufspringen läßt. So zwar, daß wenn Paris in diesem fürchterlichen Kampfe nicht siegt, die Elster und Lothringer, welche uns durch die Eroberung entziffen worden sind, in diesem Mißgeschick wenigstens den Trost haben werden, mehr Freiheit zu besitzen, als wenn sie unter der Sichel der Verfallier geblieben wären.

† **Paris**, 6. Mai. Das „Journ. officiel“ veröffentlicht folgenden (telegraphisch bereits signalisirten) Erlaß:

Das für die öffentliche Sicherheit delegirte Mitglied der Commune — in Erwägung, daß es während der Dauer des Krieges und so lange die Commune von Paris gegen die Verbände von Verfailles zu kämpfen hat, welche es belagern und das Blut der Bürger vergießen, nicht möglich ist, die sträflichen Umtriebe der Bundesgenossen des Feindes zu dulden; in Erwägung, daß man unter diese Umtriebe in erster Reihe die verleumdenden Angriffe zählen muß, welche gewisse Blätter gegen die Bevölkerung von Paris und gegen die Commune richten und die, wie sehr auch die letzteren über sie erhaben sind, darum nicht weniger eine besänftigende Insulte gegen den Muth, die Hingebung und die Vaterlandsliebe unserer Mitbürger darstellen; daß es der öffentlichen Moral zuwider ließe, diese Blätter unaufhörlich Schimpf und Schmach auf die Verteidiger unserer Rechte häufen zu lassen, welche letztere ihr Blut vergießen, um die Freiheiten der Commune und Frankreichs zu wahren; in Erwägung, daß die thattsächliche Regierung, welche in Verfailles ihren Sitz hat, in allen Theilen Frankreichs, um das Land zu täuschen, die Herausgabe und Verbreitung der Blätter verbietet, welche die von der Commune vertretenen Grundsätze der Revolution verkündigen; in Erwägung, daß die Blätter: „Petit Moniteur“, „Petit National“, „Bon Sens“, „Petite Presse“, „Petit Journal“, „France“ und „Temps“ in jeder ihrer Nummern zum Bürgerkrieg aufreizen und die aufrichtigsten Bundesgenossen der Commune von Paris und der Republik sind — verfaßt:

Art. 1. Die so eben genannten Blätter werden unterdrückt.
Art. 2. Der Kommissar Le Roussin hat diesen Erlaß jedem der genannten Blätter und ihren Druckern anzuzeigen, welche letztere für

ein ferneres Erscheinen verantwortlich sind. — Der Delegirte der Commune für die öffentliche Sicherheit, Cournot.

Zwei von den älteren konservativen Organen sind noch immer verschont, nämlich die „Patrie“ und der „Univers“; die erstere ist eben so zahm als der letztere heftig ist.

† **Paris**, 6. Mai. Der Kriegsdelegirte hat „an die Bewohner der dem Feuer der Artillerie der Commune ausgesetzten Landgemeinden“ folgendes Schreiben gerichtet:

Bürger! Seit meinem Eintritt in die Kriegsverwaltung habe ich mehrfach Briefe erhalten, welche mir anzeigen, daß Bomben wehlose Personen in unsern Dörfern getroffen haben. Bis dieser Krieg ein Ende nimmt, werde ich stets mein Möglichstes thun, um jedes unnütze Leiden zu verhindern. Um aber das von den einzelnen Kommandanten auf diesen oder jenen Punkt gerichtete Artilleriefeuer einzustellen zu können, mußte ich rechtzeitig und sicher davon in Kenntniß gesetzt sein, daß der Feind die gedachten Punkte nicht besetzt hält, und ich müßte umgekehrt die entgegengesetzte Kunde erhalten, wenn er sie besetzt hält. Die Gemeinden oder Dörfer, welche mir solche Garantien bieten könnten, wären gegen jene behauerlichen und unnützen Grausamkeiten geschützt. Ihr seht, ich verlange von Euch nicht bloß die Neutralität, sondern eine Art von Allianz. Gruß und Brüderlichkeit! — Der Kriegsdelegirte Rossel.

† **Paris**, 7. Mai. In Vincennes sind gestern Unruhen ausgebrochen, über deren Charakter man nicht ganz klar ist, da die Commune gänzlich Schweigen beobachtet. Es scheint, daß einige hundert Mann von verschiedenen Bataillonen der Nationalgarde sich gegen die Autorität der Commune erheben und durch einen Handstreich des Forts bewächigen wollten, welches dann zum Stützpunkt der Ordnungspartei in der Hauptstadt gedient hätte. Man weiß nur, daß dieser Plan nicht glücklich ist und daß gestern zahlreiche Verhaftungen in Vincennes vollzogen wurden.

— Aus Verfailles, 3. Mai, schreibt man der „Neuen Zürich. Ztg.“:

Der Kredit, welchen Frankreich genießt, ist zur Zeit nicht sehr groß; ununterbrochen finden Konferenzen der hiesigen Regierung mit den namhaftesten französischen und englischen Bankiers statt, ohne daß man wegen der unglücklichen Bedingungen, welche dieselben stellen, zum Abschluß einer Anleihe gelangt wäre. Wie mit den Finanzen der Verfallier Regierung, so sieht es auch mit denjenigen der Commune aus; dieselben sollen erschöpft sein, weshalb man sich genöthigt gesehen hat, das Geld nach dem bekannten Wort da zu nehmen, wo man es findet, und da die Eisenbahnkassen das meiste baare Geld einnehmen, so nahm man es bei ihnen.

— Aus Verfailles, 5. Mai, schreibt man der „Köln. Ztg.“:

Das Resultat des gelungenen Ueberfalls der Redoute von Mousquet bringt die seit dem 2. Apr. gemachten Gefangenenn auf 5960: Nationalgardisten, Weiber und Kinder, ich sage Kinder, denn ein Knabe ist erst 12 Jahre und ein Mädchen 13 Jahre alt. Diese Unmündigen wurden in Korrektionshäuser gesteckt; eine Engländerin, die sich erbot, das 13jährige Mädchen anzunehmen und zu erziehen, erhielt abschlägige Antwort. Von Toulon ist eine Anzahl Marine-Artilleristen, die gut eingeschossen sind, hier eingetroffen; dieselben sind für die große Batterie bei Montretout bestimmt, die 70 Kanonen erhält, darunter 40 Marine- und 30 Belagerungsgeschütze. Aber die Arbeiten an dieser Batterie werden erst in nächster Woche fertig. Thiers hat die Arbeiten der Batterie, Mac Mahon die Truppen inspizirt und man verspricht sich große Dinge davon. Wenn der „Gaulois“ von diesen Mörzern behauptet, die Marine- und Marine-Infanterie-Divisionen seien jetzt alle gegen die Insurgenten in Linie, so sagt er einfach die Unwahrheit, denn ich habe diesen Mörzern noch ein ganzes Regiment Marine-Infanterie auf dem Exercierplatze von Verfailles gesehen und weiß, daß mehrere Kompagnien noch zur Stunde im Lager von Satory liegen. Ueberhaupt ist die Masse der in Verfailles, St. Cyr und im Lager von Satory umhüthig lagernden Truppen sehr bedeutend.

Verfailles, 7. Mai. (Krl. Bl.) Eine Rekognosirung, welche von Seiten der Verfallier Truppen gegen Montrouge vorgenommen wurde, ward von den Jöberirten zurückgewiesen. Bei Jisy fand ein Vorpostengefecht statt, wobei die Regierungstruppen eine Barrikade nahmen und etwas Terrain gewannen. — Latour d'Auvergne ist zu London gestorben.

Nouen, 7. Mai. Der „Nouvelist“ meldet, daß heute gegen Gambetta und Laurier Verhaftungsbefehle ausgefertigt worden sind. — Am Samstag Nachmittag um 4 Uhr fand in der Nähe von St. Denis ein schrecklicher Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge statt. Zahlreiche Reisende wurden ein Opfer des Zusammenstoßes.

** **Lyon**, 4. Mai. Die am 30. April stattgehabten Municipalwahlen sind kassirt worden, weil sie durch eine Emeute gestört wurden. Neue Wahlen werden Sonntag den 7. d. stattfinden.

— In Bordeaux hat sich ein provisorisches Komitee gebildet, um einen Kongreß der Delegirten der Städte Frankreichs zusammenzubekommen. Das Programm desselben lautet in seinen Hauptpunkten, wie folgt:

Art. 1. Ein Kongreß der Delegirten der Städte Frankreichs ist in

Vorbeur zusammenberufen, um über die Maßregeln zu beraten, die am geeignetsten sind, dem Bürgerkrieg ein Ziel zu setzen, die Municipalitäten zu sichern und die Republik zu befestigen. — Art. 2. Jede Stadt wird auf 20,000 Einwohner einen Deputierten senden. — Art. 3 bestimmt Näheres über die Art und Weise, wie die Deputierten gewählt werden sollen. — Art. 4 besagt, daß der Kongress den Charakter einer Privatversammlung haben wird, um mit den Behörden nicht in Konflikt zu geraten. — Art. 5 bestimmt, daß der Kongress sich in den ersten zehn Tagen versammelt wird, welche den Wahlen vom 30. April folgen werden.

Die übrigen Artikel betreffen die Ausführung. Wie man erfährt, geht dieser Aufruf von einer geheimen Gesellschaft aus, an deren Spitze Gambetta steht, der hofft, sich auf diese Weise wieder an die Gewalt zu bringen.

— „Le Soir“ vom 5. Mai meldet: „General v. Martuffel hat sein Hauptquartier von Dijon nach Cha-lons sur Marne verlegt.“

Deutschland.

Karlsruhe, 9. Mai. Das heute erschienene Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 17 enthält eine Bekanntmachung des Ministeriums des Groß-Haus und der auswärtigen Angelegenheiten: den Vertrag mit der Schweiz wegen Verbindung der Thurgauischen Seethal-Bahn mit der Badischen Staatsbahn bei Konstanz betreffend.

Nr. 18 enthält eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern: den Vollzug des Reichsgesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit, insbesondere die Stempel, Sporteln und Taxen betreffend.

* **Strasburg, 8. Mai.** Die „Strßb. Ztg.“ enthält eine Verordnung des Generalgouverneurs, wodurch die Stadt Hagenu behufs Deckung älterer Schulden ermächtigt wird, ein zu sechs Prozent verzinsliches und binnen spätestens 16 Jahren rückzahlbares Anlehen von 1,500,000 Fr. bei den im Beschluß des Gemeinderaths daselbst vom 11. v. M. benannten Bankhäusern aufzunehmen. — An freiwilligen Beiträgen für die Herstellung des Münsters sind bis jetzt eingegangen 1038 Thlr. 23 Sgr. 9 Pf.

Stuttgart, 7. Mai. (W. Sttanz.) Ihre Kaiserl. Hoheit die Frau Prinzessin Wilhelm von Baden, geborene Prinzessin Romanoffska, Herzogin von Leuchtenberg, ist gestern Nachmittag zum Besuche der königlichen Familie hier angekommen und im königl. Residenzschloß abgetreten.

München, 6. Mai. (Sch. M.) Die sehnlich erwartete Ankunft des Justiz- und Kultusministers v. Luz, welcher seither als Mitglied des Bundesrats in Berlin gewirkt, ist vorgestern erfolgt; er hat noch am nämlichen Tage sehr lange mit dem König gearbeitet, und es steht zu erwarten, daß nunmehr die Regierung entschiedene Stellung nehmen werde in der kirchlichen Bewegung, welche das Land erregt. Die Erregung ist hierzulande sehr groß, aber es sind nicht schlechte Beobachter, welche glauben, daß sie im Sande der weltlichen Interessen und des Indifferentismus verlaufen wird, wenn nicht der Staat entweder durch Widerstand sie verklärt und ihre Opfer gleichsam heiligt, oder durch seine Unterstützung sie kräftigt, indem er die zaghaftesten ermuntert. Alles Lavieren und Zwischenhindurch-segeln wird den einmal vorhandenen tiefen Riß kaum vertiefen, niemals heilen können. Und jedenfalls fordert das Rechtsbewußtsein im Volke eine Sühne für die wahrhaft heftige Verfassungsverletzung, welche dadurch begangen wurde, daß die Konzilsbeschlüsse von den Bischöfen verkündet wurden, ohne daß sie das vorgeschriebene königliche Placet eingeholt, ja sogar, daß der Erzbischof von Bamberg sie verkündete, nachdem die nachgesuchte Genehmigung unter Mittheilung der Motive ihm verweigert war.

München, 6. Mai. (Bayr. Bl.) Das katholische Aktionskomitee wird die am 10. v. M. im Museum beschlossene Adresse mit den bis jetzt erlangten 12,000 Unterschriften heute der Staatsregierung überreichen, und zwar mit einem eingehend motivierten Begleitschreiben, an dessen Schlusse es heißt:

Liefbekümmert und schwer bejorgt für die Freiheit unseres Gewissens, für den Frieden in unserem Hause und in unserem Lande, wenden wir uns an Ew. Maj. und wiederholen unsere jetzt noch dringlicher gewordene allerunterthänigste Bitte, Ew. Maj. möchten den Gesetzwidrigkeiten und Uebertretungen der Partei, die einer in Rom dominierenden politischen Macht gehorcht, das Ziel setzen. Möge es Ew. Maj. gefallen, sich an die Spitze des geistigen Kampfes gegen wässigen Uebermut und wässige Unwissenheit zu stellen, wie Ew. Maj. der Erste waren, der im weltlichen Kampf gegen den Reichsfürst die Fahne erhoben hat!

Frankfurt, 8. Mai. Das „Frf. Journ.“ schreibt heute bezüglich der Konferenz:

Man will wissen, daß in der gestern stattgehabten kurzen Zusammenkunft im „Russischen Hof“, deren wir schon Erwähnung thaten, neuerdings auch die Grenzregulierungs-Frage französischer Seite zur Sprache gebracht worden wäre. Der Reichshof hat hierbei allen Spielraum. Als zuverlässig kann angesehen werden, daß die Vereinbarungen gestern Abend noch nicht abgeschlossen waren und daß eine Unterzeichnung der hier geschlossenen Verhandlungen, die jedenfalls sachlich, wenn auch vielleicht nicht formell, den definitiven Frieden inhärent, kaum am hiesigen Orte zu erwarten ist. Der Reichskanzler hat bereits mehreren hiesigen Familien Besuche abgesehen. Gestern Abend war er in einer Soiree bei dem hiesigen Stadtkommandanten Generalmajor Loen, welche auch die französischen Diplomaten besuchten, anwesend.

Ferner:

Fürst Bismarck und Jules Favre reisen nächsten Mittwoch ab, die Detailangelegenheiten den beiderseitigen Unterhändlern überlassend. In Brüssel sollen die Friedensverhandlungen nicht wieder aufgenommen werden.

Die „Frf. Ztg.“ sagt:

Nachdem Fürst Bismarck mit Jules Favre und Pouyer-Quertier über die Prinzipien sich vollständig geeinigt, werden die Schlussverhandlungen und die Unterzeichnung des Friedens hier stattfinden. Die Geheimsekretäre sind mit der Abfassung der Protokolle beschäftigt.

— **Frankfurt, 8. Mai.** Nachstehend einige weitere Notizen über die hier tagende Konferenz, welche freilich auch nicht über Neuzug hinausgehen. Die Vermuthung verschiedener Blätter, daß Fürst Bismarck am Dienstag (morgen) wieder in Berlin sein werde, scheint nicht zutreffend; wenigstens wußte man im Hotel nichts von seiner so nahe bevorstehenden Abreise. Dagegen soll Pouyer-Quertier Vorbereitungen zu seiner Abreise treffen. Bismarck, der gestern in Kürassier-Uniform mehrere Privatbesuche abstattete und auch am „Russischen Hof“ vorfuhr, wo die französischen Bevollmächtigten Wohnung genommen, wollte heute die Pferde-Prämierung beiwohnen, die gelegentlich des Marktes alle Frühjahr und Herbst in der landwirthschaftl. Halle stattfindet. Die französischen Herren machten gestern eine Spazierfahrt um die Stadt, wobei namentlich der sehr greise Jules Favre die Aufmerksamkeit auf sich zog. Daß der Verkehr in (geschlossenen) Depeschen ein sehr lebhafter ist, läßt sich denken. Die Versailler Geheimsekretäre sollen gestern mit der Redaktion einer solchen, die ein paar tausend Worte zählte, über 6 Stunden (von 10 bis 4 Uhr) beschäftigt gewesen sein. Gestern Abend waren die Mitglieder der Konferenz zu einer kurzen Sitzung zusammen, in welcher keine Berathung gepflogen, sondern ein Protokoll verlesen wurde. Im Uebrigen hat es den Anschein, als ob es für die be-theiligten Herren noch für ein paar Tage auch in dem Fall Arbeit gäbe, wenn der Reichskanzler morgen wirklich abreisen sollte, denn wir hören von glaubhafter Quelle, daß am Dienstag Generalstabs-Offiziere mit Karten erwartet werden, was die Annahme bestätigen würde, daß es sich bei den Verhandlungen der Konferenz über die Geld-Frage hinaus auch um die Grenzregulierung handle.

Mainz, 7. Mai. (Fr. Z.) Das hiesige Gefangenenslager nimmt, da eintheilweise die Zurücksendung von Kriegsgefangenen der Linie eingestellt ist, nach und nach wieder größere Dimensionen an. Mit den in den letzten Tagen angekommenen und heute und morgen noch erwarteten Zügen kommt der ganze Bestand des seitler in Gölzig bestandenen Depots hierher. Es wird die eine oder die andere kleine Garnison ebenfalls noch hier eintreffen, und morgen wird bereits das Zeltlager belegt. — Die festgesetzten Friedens-Diskussionen der preussischen Armee, also auch die der hiesigen künftigen Garnison, werden erst mit dem Abmarsch der betreffenden Truppen aus Frankreich zum Vollzuge gelangen.

□ **Berlin, 7. Mai.** J. J. M. der Kaiser und die Kaiserin wohnten am Freitag Abend dem Konzerte bei, welches Richard Wagner zum Besten des „König-Wilhelm-Vereins“ im Opernhause veranstaltet hatte.

Nach zuverlässigen Angaben sind jetzt in Frankreich noch 1000 deutsche Kriegsgefangene internirt. Auf ihre unverzügliche Auslieferung wird mit Entschiedenheit gedrungen. Vor ungefähr drei Wochen betrug die Zahl der in Frankreich befindlichen deutschen Gefangenen noch gegen 1400.

Berlin, 7. Mai. Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs betreffend die Vereinigung von Elsaß und Lothringen mit dem Deutschen Reich setzte gestern Abend ihre Beratungen fort.

Graf Luxemburg betonte hauptsächlich die praktische Seite der Frage, die Nothwendigkeit in dem Gesetzentwurf bestimmt auszusprechen, wem die Staatshoheit über die neuen Reichsländer übertragen werden sollte. Sodann erklärte er die Hinnahme auf eine künftige Provinzialvertretung für angemessen, weil er davon einen günstigen Eindruck auf die Bewohner von Elsaß und Lothringen erhofft. Er sprach die Ansicht aus, daß vorläufig die consells généraux in's Leben gerufen werden sollten, um dem Lande Gelegenheit zu geben, seine Wünsche auszusprechen, und legte besonderes Gewicht darauf, daß eine Verwaltungsbehörde im Lande selbst ihren Sitz nehmen möge, damit nicht von Berlin aus die Regierung jener Länder geführt werde. Hübner (Stuttgart) hob die Nothwendigkeit hervor, daß die Souveränität über das erworbene Land klar ausgesprochen werde, um den Gedanken eines neuen Partikularstaats dadurch zu beseitigen. Er wies gleichfalls auf die Nothwendigkeit einer künftigen Provinzialvertretung und eines Landesbudgets hin. v. Roggenbach erachtete es für geboten, daß während des Provisoriums der Kaiser im Verein mit dem Bundesrat die Gesetzgebung ausübe. Staatsminister v. Mittnacht hob unter Hinweisung auf die Rede Bismarck's im Reichstage hervor, daß die Souveränität nicht bloß beim Kaiser, sondern bei der Gesamtheit liege, und nahm demnach die Motive der Vorlage gegen mehrfache Angriffe in Schutz. v. Hovebeck sprach sich dahin aus, daß bei der künftigen definitiven Ordnung der Verhältnisse Elsaß und Lothringen sämtliche Rechte eingeräumt werden müßten, welche ein anderer deutscher Staat habe, natürlich in dem Sinne, daß der Kaiser der Fürst des Landes sei, doch dürfte es angemessen sein, wenn die Rechte desselben durch einen Statthalter ausgeübt würden. Ein Provisorium sei allerdings notwendig, er würde es aber auf die kürzeste Zeit beschränken. Die Wahlen zum Reichstage könnten in Elsaß und Lothringen sofort angeordnet, ein Statthalter gleich ernannt werden, und mit wenigen Ausnahmen sei die Reichsverfassung sofort einführbar. Eine Landesvertretung würde vielleicht ebenfalls schon jetzt, jedenfalls so bald als möglich zu berufen sein. In ähnlichem Sinne sprach Dr. Probst. Die Reichsverfassung könnte am 1. Januar 1872, die Landesverfassung spätestens am 1. Januar 1873 in jenen Ländern in Kraft treten. Der Redner betonte besonders das föderalistische Prinzip, welches ein freibürgerliches sei. Staatsminister Delbrück wies die mehrfach hervorgehobene Alternative: Annexion oder selbständiger Staat, zurück und erklärte sich gegen beide. Grundsätzlich der Annexion erklärte er besonders, daß Preußen an eine Gebietsvergrößerung nicht denke. Er erklärte sich ferner auch gegen die Ernennung eines Statthalters, falls demselben souveräne Befugnisse eingeräumt werden sollten. Ob ein selbständiges

elastisches Landesbudget aufgestellt werden, oder ob das Budget einen Theil des Reichsbudgets bilden solle, sei eine offene Frage, welche damit zusammenhänge, wer die Landesgesetzgebung ausüben werde, denn Budget und Landesgesetzgebung müßten denselben Organen zugewiesen werden. v. Blankaenburg will aus Elsaß-Lothringen keine preussische Provinz, aber auch keinen souveränen Kleinstaat machen. Reichensperger (Gresfeld) endlich sprach sich dahin aus, daß die Souveränitäts-Frage für jetzt offen gelassen und zunächst noch gar keine Bestimmung über das Definitivum getroffen werden möge. Zur definitiven Regelung könnte man etwa nach Ablauf eines Jahres schreiten. Hiermit wurde die allgemeine Diskussion und damit auch die Sitzung geschlossen, der wiederum viele Abgeordnete beiwohnten. Die nächste Sitzung der Kommission, in welcher die Spezialdiskussion beginnen wird, findet Montag Abend statt.

** **Berlin, 8. Mai.** Sitzung des Reichstags.

In der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Redaktion des Strafgesetzbuches des Norddeutschen Bundes als Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich wurden sämtliche Paragraphen nach unwesentlicher Debatte angenommen. Für die dritte Berathung kündigte der Abg. Poser einen Abänderungsantrag zu §§ 80 und 81 (Verbrechen gegen das Reichsoberhaupt und die Bundesfürsten) mit Bezug auf Elsaß-Lothringen an. Hierauf wurde das Gesetz angenommen, wornach das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 1. Januar 1872 in Wirksamkeit tritt. Der Gesetzentwurf betreffend die Kriegs-Denkünze für das Reichsheer wird mit dem Amendement Bernuth's, statt „Reichsheer“ „bewaffnete Macht“ zu setzen, in zweiter Lesung mit großer Majorität angenommen, nachdem Staatsminister Delbrück erklärt hatte, es entspreche den Intentionen des Kaisers, daß die Beibehaltung der Denkmünze auch der Marine zu Theil werde. Auf die Bemerkung Hovebeck's, der Gesetzentwurf habe nicht die den Finanzgeheimen entsprechende Fassung, erklärte Staatsminister Delbrück, daß dies dadurch verursacht sei, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich gewesen sei, den entsprechenden Anschlag vorzulegen. Hierauf folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Haftpflicht der Eisenbahnen, Bergwerken u. s. w. §§ 1 und 2 werden unter Verwerfung aller Amendements nach der Regierungsvorlage angenommen. § 3 wird mit einer unwesentlichen redaktionellen Aenderung angenommen. Die Sitzung wird hierauf vertagt. Nächste Sitzung morgen.

** **Berlin, 8. Mai.** Der „Reichsanzeiger“ enthält eine Bekanntmachung des General-Postamts vom 7. Mai, worin dasselbe ersucht, wegen der Truppenbesoldigungen im Bereiche der zweiten Armee Privatpäckereien an die betreffenden Truppen während der nächsten sechs Tage nicht abzusenden, da größere Marschbewegungen stattfinden, namentlich bei dem dritten und neunten Armeekorps, sowie der sechsten Kavallerie-division.

Berlin, 8. Mai. (Sch. M.) Die Frankfurter Konferenz behandelt auch die militärische Lage und die Truppenverpflegung. — Ministerielle Berichte signalisiren bonapartistische Rekrutierungsversuche in Amerika und Elsaß für Restauration Napoleons. (Im New-Yorker „Herald“ befindet sich eine Anzeige, durch welche „militärisch gebildete Leute, welche dem Projekt der Wiedereinführung Napoleons günstig gesinnt sind“, aufgefordert werden, sich zu melden.)

Oesterreichische Monarchie.

† **Wien, 6. Mai.** Der Bizekönig von Egypten hat dem Vernehmen nach ein Schreiben an den Sultan gerichtet, in welchem er mit der bestimmten Versicherung, daß er die ihm durch die Verträge auferlegten Verpflichtungen dem Buchstaben und dem Geiste nach strengstens zu erfüllen Willens sei, und mit der zuversichtlichen Erwartung, daß ihm über diese Verpflichtungen hinaus nichts werde zugumthet werden, die Erklärung verbindet, daß er nur den betreffenden Befehl erwarte, um persönlich in Konstantinopel dem Großherrn den Ausdruck seiner Ehrerbietung und seines Gehorsams zu Füßen zu legen.

Italien.

Rom, 6. Mai. Die „Italie“ veröffentlicht einen Brief des Vater Hyacinthe an Döllinger. Hyacinthe ergreift gegen die Infallibilität auf's entschiedenste Partei, begrüßt den in der Kirche aufgetauchten Widerstand und dankt Döllinger für die mutige Sprache des Schreibens, mit welchem er dem Erzbischof von München gegenübergetreten ist.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 9. Mai. Bei dem Ministerium des Innern werden gegenwärtig sehr zahlreiche Gesuche um Ertheilung der Erlaubniß zur Einfuhr von Häuten aus Frankreich eingereicht. Diesen Gesuchen kann ohne Ausnahme keine Folge gegeben werden, da die Instruktion zu dem Reichsgesetze die Maßregeln gegen die Rinderpest betr. Dispense von den erlassenen Einfuhrverboten zu erteilen überhaupt nicht gestattet und das Bundeskanzler-Amt sich neuerdings wieder entschließen dahin ausgesprochen hat, daß bei der fortdauernden Gefahr einer Einschleppung der Seuche die Einfuhr von Rindshäuten in Baden so wenig wie in Preußen zugelassen werden könne.

Karlsruhe, 8. Mai. Das Verordnungsblatt der Direktion der groß. Verkehrsanstalten Nr. 22 enthält eine Bekanntmachung: Die Aufhebung der badischen Fahrpostexpedition in Strasburg im Elsaß betreffend. Diefelbe wird mit Genehmigung des groß. Handelsministeriums auf 10. Mai l. J. aufgehoben. In Folge dessen sind die bisherigen Fahrposten-Schlüsse zwischen badischen Postanstalten und der badischen Fahrpostexpedition Strasburg letztmals am 9. Mai l. J. abzufertigen. Welche Postanstalten dagegen vom 10. Mai l. J. an mit dem deutschen Postamt in Strasburg, welches von diesem Tage an den gesammten Fahrpostverkehr mit dem Elsaß und Deutsch-Lothringen vermitteln wird, in Frachtkarten-Verkehr zu treten haben, und welche besondere Vorschriften hierbei zu befolgen sind, darüber wird den betreffenden Postanstalten spezielle Verfügung ausgehen. Reklamationen und sonstige Schriftstücke, welche sich auf

Jahresprobenungen beziehen, mit denen die babilische Jahresprobenung in Straßburg Befassung gehabt hat und welche mit hin von letzterer noch erledigt werden müssen, sind vom 10. Mai d. J. ab an das große Post- und Eisenbahnamt Rehl zu richten, welchem die weitere Erledigung übertragen ist.

Die Telegraphenstation Petersthal ist am 1. Mai d. J. für die Dauer der Badzeit mit beschränktem Tagesdienst dem allgemeinen Verkehr wieder eröffnet worden.

Karlsruhe, 9. Mai. Nach einer Bekanntmachung der Direktion der großh. Verkehrsanstalten (in ihrem Verordnungsbl. Nr. 23 vom 8. d.) werden vom 10. d. M. an auf der Bahnstrecke Rehl-Straßburg wieder sechs Personenzüge in jeder Richtung geführt werden. Der Kurs dieser Züge wird alsbald durch eine entsprechende Zeltur zum Hauptfahrplan der großh. Eisenbahnen vom 17. Okt. v. J. bekannt gegeben werden. Fragliche neue Fahrordnung stimmt — den Kurs des Influxzuges 9/8 von Straßburg nach Rehl ausgenommen — vollkommen mit dem am 20. Nov. v. J. für gedachte Strecke eingeführten Fahrpläne überein.

Z Karlsruhe, 8. Mai. Wie wir aus dem neuesten Südb. Wochenblatt erfahren, hat der ev. Oberkirchenrat die Eingabe des Diözesan-Ausschusses Mannheim-Heidelberg, um Verschiebung der bevorstehenden Generalsynode abschlägig beschieden. Doch wird beigefügt: „Wie wir hören, soll die Frage auch noch innerhalb des Generalsynodal-Ausschusses zur Sprache kommen.“ — Während der diesjährige deutsche Protestantentag, welcher nach Pfingsten in Darmstadt abgehalten werden sollte, auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, ist nun von dem Vereinsvorstand eine öffentliche Delegirtenversammlung des Vereins auf den 31. Mai nach Wiesbaden einberufen worden. Mehrere Fälle der Verletzung der evangelischen Lehrfreiheit (Absetzung des Pfarrers Schröder in Freitachsdorf in Nassau und die Ungültigkeitserklärung des Pfarrers Hanne in Colberg) sollen die Versammlung speziell beschäftigen. Die Hauptreferate werden die H. Dr. Schirm in Wiesbaden und Dr. Schenkel in Heidelberg übernehmen.

Das „Verordnungsblatt der ev.-prot. Kirche des Großh. Baden“ enthält in Nr. 4 den sehr eingehenden Bescheid des ev. Oberkirchenrats auf die Anträge der Diözesansynoden des Jahres 1870. Da derselbe im Hinblick auf die bevorstehende Generalsynode von weitergehendem Interesse ist, so werden wir mit nächstem auf dessen Inhalt zurückkommen.

Karlsruhe, 9. Mai. Der Gemeinderath hat die Erneuerung des Gewerbeschulraths vorgenommen und auf die Dauer von 3 Jahren ernannt die H. H. Bürgermeister Günther, Gemeinderath Kaut, Gymnasialprofessor A. Mayer, Osenfabrikant G. Maier, Zimmermeister Lubw. Wees, Hofmechaniker Siedler und Maurermeister Weber. Außerdem sind noch Mitglieder des Gewerbeschulraths die H. H. Kirchenrath Roth, Pfarrverweiger Degen, Stadtrath W. Illstetter, Professor Durm und Hauptlehrer Gertmaier. Den Vorsitz im Gewerbeschulrath führt Hr. Oberbürgermeister Lauter. — Das Komitee der Sophien-Schule hat der Armenrath folgenbermaßen erneuert: Hr. Oberbürgermeister W. Illstetter als Vorsitzender und als Mitglieder die H. H. Hofprediger Doll und Gemeinderäthe Stüber und Wieland (Verwaltungsgerichts-Rath). Außer diesen Herren befinden sich noch im Komitee: Frau v. G. Selbened, Frau Verwaltungsgerechts-Rath Hausch und Frau Stuber (Anstaltsvorsteherin). Rechner ist Hr. Revisor Gerstner.

Heidelberg, 6. Mai. (Fr. J.) Die zwei ersten Immatrikulationen neu zugehender Studirender unserer Universität ergaben deren 188. Darunter nicht weniger als 127 Juristen, nur 6 Theologen und 14 Mediciner — Chemiker, Kameralisten und Philologen zusammen genommen 42. Borgemerkt für die letzte Immatrikulation sind noch 24, so daß der Zugang in diesem Sommerhalbjahr 212 betragen wird. Laut angelegten Abgangszeugnissen betrug der Abgang 80. Freilich war auch die Besuchergahl diesen Winter eine außerordentlich niedrige. Wenn sich dieselbe jetzt merklich hebt, so verdanken wir dies der ungewöhnlichen Zugkraft, welche von unserm so eben eingetretenen neuen Pandectenlehrer, Geheimrath Dr. Windscheid, ausgeht.

Baurath Schumann in Stuttgart ist nach dem „Schw. M.“ nach Heidelberg berufen worden, um die technischen Vorarbeiten zur Ausführung einer neuen, umfassenden Wasserversorgung anzubahnen.

Mannheim, 7. Mai. General v. S. ist nach zweitägiger Inspektion der hiesigen Besatzung gestern früh nach Schweigen gefahren, um auch über die dortige Schwadron des hiesigen Dragonerregiments Truppenschau vorzunehmen, und kehrte von dort mit dem Mittagzuge der Eisenbahn nach Karlsruhe zurück.

Gestern Abend fand im Aulsaal ein vielbesuchtes und beifällig aufgenommenes Konzert der musikalischen Verbindungen anlässlich der Mitwirkung hiesiger desamatorischer und musikalischer Kreise statt. — Die hiesige Lagerschiff-Kommission schloß gestern ihre anstrengende und erfolgreiche Thätigkeit durch ein heiteres gemeinsames Abendessen.

Mein Brief über die Versammlung im Schwetler ist Samstag wohl zu spät in Ihre Hände gelangt, um gleichzeitig mit der ersten Erwähnung desselben zum Abdruck zu kommen. Ich erwähne dieses, weil aus einem Leser- oder Schreiberfehler, und „und“ statt „indef“, oder „beantwagt“ statt „beschlissen“ von einem hiesigen Blatte in lockhartig besessener Weise Kapital zu schlagen versucht wurde.

Mannheim, 8. Mai. (Mannh. J.) Gestern hielt Hr. G. Ernst bei schwachbesuchter Halle in der freireligiösen Gemeinde einen Vortrag. Daraus war Besprechung und wurde die Wahl eines Abgeordneten in die nächste Synode vorgenommen, wobei Hr. Buchbinder G. Krebs einstimmig gewählt wurde. — Heute früh 5 1/2 Uhr hat sich ein dahier konditionirender junger Mann (G. R.) auf dem Rheinbammer erschossen.

Buchen, 7. Mai. Am 3. d. M. verließ uns Hr. Oberamtmann Gruber, um seinen neuen Wirkungskreis in Kenzingen anzutreten. Wenn dieser Herr auch nur 4 1/2 Jahre in unserm Bezirke angeheft war, so gelang es ihm doch, in dieser kurzen Zeit in allen Zweigen seines umfangreichen Berufes sehr erfolgreich zu wirken und die Zustände des Bezirkes nach jeder Richtung zu verbessern. Mit Beharrlichkeit und Ausdauer verfolgte er das vorgesezte Ziel, ohne der Selbstthätigkeit und der Freiheit der Einzelnen zu nahe zu treten. Insbesondere verdanken wir ihm die Gründung einer Spar- und Baufenkasse und eines Vorkaufvereins für den Amtsbezirk, zweier Anstalten, die bereits sehr segensreich wirken. Anerkennung und Hochachtung wurden ihm daher allenthalben zu Theil; sie fanden besonders

ihren Ausdruck in der zahlreichen Beseitigung aller Klände des Bezirkes an dem Abschiedsmahle, das man ihm zu Ehren am 1. d. M. im Gasthaus zum Prinz Karl dahier gab, bei dem es an geehrten Trinksprüchen nicht fehlte. Der Bezirk wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Emmendingen, 7. Mai. Auf dem Turntag, der gestern hier abgehalten wurde, waren (nach dem Hochh. B.) vertreten die Turnvereine Baden, Bruchsal, Karlsruhe, Emmendingen, Freiburg, Heidelberg, Rehl, Konstanz, Lörrach, Mannheim, Neustadt, Offenburg, Pforzheim und Schopfheim durch 20 Abgeordnete. In einer über 5 Stunden dauernden Sitzung wurde die Tagesordnung nach gründlicher und eingehegender Diskussion, bei welcher insbesondere Hr. A. Maul, Direktor der Turnlehrer-Bildungsanstalt in Karlsruhe, durch seinen geistreichen, klaren und anregenden Vortrag sich auszeichnete, erledigt. Die Beschlüsse sind folgende: 1) An Stelle des Vororts tritt ein Kreis-Turnrath von Sachverständigen, neben welchem ein Festausschuß an dem Orte besteht, wo das Kreis-Turnfest stattfinden soll. 2) Die Aufstellung einer bestimmten Ordnung für das Wettrennen an den Kreis-Turnfesten wird dem Kreis-Turnrath übertragen vorbehaltlich der Zustimmung der Abgeordneten-Versammlung. 3) Die Errichtung von Gauenverbänden ist durch den Kreis-Turnrath praktisch und zweckmäßig einzurichten. 4) Die Abgeordneten-Versammlung wählt jeweils 3 Revisoren, welche die Kreis-Rechnung zu prüfen haben. 5) Die zweckmäßige Umänderung der Satzungen wird dem Kreis-Turnrath übertragen. In den Kreis-Turnrath wurden gewählt die H. H.: 1) Direktor A. Maul in Karlsruhe. 2) Turnlehrer L. Wacker in Pforzheim. 3) Turnlehrer Weich in Mannheim. 4) Turnlehrer Brehm in Mannheim. 5) Registrator Zeis in Offenburg. Dazu kommen sachgemäß: 6) Dr. Wagnmann in Offenburg, Turnlehrer in Heidelberg. 7) Das noch zu wählende Mitglied des hiesigen Festausschusses.

Karlsruhe, 6. Mai. (Konst. Bl.) Durch das am 4. d. M. dahier abgehaltene Schöffengericht wurde Oberamtsrichter Saur von Stodach nach Antrag der Großh. Staatsanwaltschaft der im Affekt verübten Körperverletzung des Domänenverwalters Futterer von da für schuldig erklärt, und deshalb zu einer Geldbuße von 25 fl. nebst Ertragung der Kosten verurtheilt.

Vermischte Nachrichten.

Frankfurt, 8. Mai. (Fr. Bl.) Erob des Protestes des Frankfurter Magistrats und des katholischen Gemeindevorstandes ließ gestern der Bischof von Limburg Hrn. Geisl. Rath M. Angenbergs als vollberechtigten Pfarrer der katholischen Kirchengemeinde Frankfurts vorkommen. Dem Akte wohnte weder der katholische Gemeindevorstand, noch ein Mitglied des Magistrats als Patronus, noch ein Regierungskommissar bei. Der intelligentere Theil der Gemeinde war im Dome höchst spärlich vertreten. Bekanntlich steht denselben weder die Stadt noch die katholische Gemeinde als vollberechtigt an. Derselbe erhält auch nicht den Gehalt eines Pfarrers, sondern nur denjenigen eines Pfarrvicars.

Der sozial-demokratische Arbeiterverein zu Braunschweig, welcher seit anderthalb Jahren bestand und besonders genannt wurde, als einige Mitglieder desselben nach Bismarck abgeführt wurden, ist jetzt staatsgerichtlicher Tendenz wegen aufgelöst worden. Auch die seitdem verjuchte Bildung eines neuen Vereins (von ähnlichem Charakter) ist polizeilich verhindert worden.

Berlin, 6. Mai. Vom 1. Juli ab werden bei sämtlichen Postämtern neue „Reichs-Briefmarken“ eingeführt.

Der Komponist Auber liegt am Sterben, die Aerzte haben ihn schon aufgegeben.

London. Frau Pauline Viardot-Garcia, die seit geraumer Zeit in London weilt, dementirt in englischen Blättern die zuerst von einem italienischen Blatte gebrachte Mitteilung, daß sie gestorben sei. „Auf Ehrenwort“, schreibt die Künstlerin, „versichere ich, daß ich ebenso lebe wie im Juli 1821, als ich in eine Welt kam, die ich mit Hinsicht auf die gute Aufnahme, welche ich daselbst fand, keineswegs zu verlassen geneigt bin.“

Nachricht.

Versailles, 8. Mai. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung interpellirte Baze die Regierung bezüglich der Ligue republicaine der großen Städte, deren Vertreter sich in Bordeaux versammeln sollen, in der angeleglichen Absicht, eine Versöhnung herbeizuführen. Baze protestirte gleichzeitig gegen die Angriffe, deren Gegenstand die Versaillese Versammlung ist. Picard antwortete, es sei unnöthig, auszuführen, daß das Recht auf Seite der Versammlung sei. Die sogenannten Republikaner verletzen offen das Grundprinzip jeder Verfassung und werden zu Aufständischen, indem sie eine andere Versammlung über die gewählte Vertretung des Landes setzen. Die Kommission erstattet Bericht über den Antrag Duinet, betreffend die Abänderung des Wahlgesetzes. Die Versammlung weist — in Anbetracht, daß das vollständige Wahlgesetz später zur Diskussion kommen werde, — den Antrag mit 517 gegen 23 Stimmen zurück.

Versailles, 8. Mai, 6 Uhr Abends. Die Batterien bei Montretout haben ihr Feuer um 10 Uhr heute Morgen eröffnet. Man sagt, morgen um 9 Uhr werde die große Kanonade gegen die Batterien der Föderirten auf der Ceinture beginnen. Fort Biedre und die Redoute bei Hauts Bruyeres feuern ziemlich lebhaft, die Forts Vandres und Jisy sehr wenig. Ueber Gejochte von Bedeutung liegen bis jetzt keine Nachrichten vor.

Paris, 8. Mai, 6 Uhr 30 Min. Abends. Diesen Nachmittag heftiger Kampf von Meudon bis Biedre. Die Batterien der Versaillese feuern auf der ganzen Linie. Probewerke hat den Oberbefehl auf dem rechten Seine-Ufer übernommen, da La Cecilia in Folge eines Sturzes mit dem Pferde das Reit hüten muß.

Die Note des Versaillese „Journ. officiel“, welche den Zusammentritt des munitipalen Kongresses in Bordeaux verbietet, wird von sämtlichen Pariser Blättern, mit Ausnahme des „Moniteur“, heftig kritisiert. Das Verbot wird wahrscheinlich die Ligue republicaine veranlassen, die Commune zu unterstützen. Die Ligue hat 5 Delegirte ernannt, welche sich nach Bordeaux begeben sollen,

um mit Anwendung aller Mittel den beabsichtigten Kongress dennoch herbeizuführen. Die gemäßigten Blätter, wie „Avenir national“, „Siecle“, „Rappel“, „Commune“, „Etoile“ bestreiten die Gesetzmäßigkeit des Verbots und beklagen dasselbe, da es den einzigen Weg zu einer möglichen Versöhnung verschließt. Die Vendome-Säule steht noch immer auf ihrem Platz, die Vorbereitungen zu dem Niederreißen derselben sind noch eben so geringfügig wie vor einer Woche.

Frankfurt, 9. Mai. Sitzungen der Konferenz haben bis heute vier stattgefunden: am Samstag Mittag von 12—4 Uhr und Abends von 8—12 1/2 Uhr, Sonntags Vormittags von 11—12 Uhr und Nachmittags von 2—5 Uhr. Dazu kommt noch eine kurze Zusammenkunft vom Sonntag Abend, bei der aber keine Verhandlungen stattfanden. Ein hiesiges Lokalblatt will wissen, Jules Favre habe den Reichskanzler zu überzeugen gesucht, daß der Regierung in Versailles die Aufbringung der Kriegskosten so lange unmöglich sein werde, als nicht Paris im Besitz der legalen Regierung sei. Zur Bezwingung des Aufstandes in Paris sei aber vor Allem die Einräumung der bis jetzt von den deutschen Truppen besetzt gehaltenen Nordforts erforderlich; werde man deutscher Seits der Regierung in Versailles diese Konzeption machen, so sei dieselbe bereit, Garantien für die sofortige Ausführung eines großen Theils der Kriegsschuld zu stellen und den definitiven Frieden auf Grundlagen der Präliminarien und der stattgehabten Besprechungen zu unterschreiben. Fürst Bismarck habe bis gestern noch keinen Entschluß auf diese Proposition des französischen Ministers gefaßt. [Bestätigung nöthig.]

Berlin, 8. Mai. Der Reichskanzler Fürst v. Bismarck, dessen Rückkehr aus Frankfurt hiesige Blätter mit Unrecht schon für gestern Abend in Aussicht stellten, wird wahrscheinlich auch morgen noch nicht in Berlin wieder eintreffen. Wie verlautet, haben die Frankfurter Verhandlungen eine bedeutende Ausdehnung genommen. Sie erstrecken sich auf alle wichtigen Punkte des Friedensschlusses. Daß sie nicht in kurzen Unterredungen bestehen würden, zeigte schon ganz äußerlich die Thatsache der Mitanzwesenheit eines diplomatischen Personals von deutscher wie von französischer Seite. In Wirklichkeit handelt es sich denn auch in Frankfurt um förmliche Abmachungen, welche die Brüsseler Friedensnegotiationen vereinfachen und leblich auf einige Detailfragen beschränken sollen. Bei unbefangener Auffassung mußte man annehmen, daß solche besondere Abmachungen gar nicht mehr nöthig seien, weil der Präliminar-Vertrag alle wesentlichen Grundlagen des Friedensschlusses enthalte. Indessen sind die französischen Staatsmänner zu Ausdeutungen gelangt, welche manche Festsetzungen dieses Vertrags in Frage stellen und zu den ursprünglichen Vereinbarungen in einen grellen Widerspruch treten. Aufgabe der deutschen Politik ist es nun, das Vertragsrecht gegen Beeinträchtigungen zu wahren und seine Geltung mit neuen Bürgschaften zu umgeben.

Berlin, 9. Mai. Die Reichstags-Kommission für den Gesetzentwurf betreffend Elb-Lothringen nahm den Artikel 1 unverändert an. Bei Artikel 2 wurde die Abstimmung über den Antrag Dunder: die provisorische Diktatur schon am 1. Jan. 1872 aufhören zu lassen, bis zum Ende der Berathung ausgesetzt und der Antrag auf unverzügliche Einführung des Indigenats angenommen, obwohl der Regierungsvertreter praktische Bedenken erhebt und namentlich darauf hinweist, daß die Staatsangehörigkeit, welche die Bewohner gemäß dem Präliminar-Frieden wählen dürfen, präjudizirt werde.

Art. 3 Min. 2 wird in der Miquel'schen Fassung angenommen, lautend: „Die erforderlichen Aenderungen und Ergänzungen der Verfassung bedürfen der Zustimmung des Reichstags.“ Der Vertreter der Bundesregierungen erklärte sich damit einverstanden.

Der Reichstag genehmigte in dritter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Redaktion des Strafgesetzbuches für das Reich.

Frankfurt, 9. Mai, Nachm. Oesterr. Kreditaktien 266, Staatsbahn-Aktien 401 1/2, Silberrente 55 1/2, 1860r Loose 79 1/2, Amerikaner 97 1/2, Lombarden 169 1/2, bad. Disp. 100 1/2.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstelle Karlsruhe.

	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmel.	Witterung.
6. Mai.						
Morg. 7 Uhr	27° 11' 4"	+ 7,2	0,75	N. W.	bedeckt	trüb
Morg. 2 "	27° 11' 3"	+ 11,0	0,48	"	f. bew.	"
Nachm. 9 "	27° 11,6"	+ 7,4	0,79	"	klar	heiter
7. Mai.						
Morg. 7 Uhr	28° 00"	+ 6,0	0,74	N. O.	klar	heiter
Morg. 2 "	27° 11' 8"	+ 12,0	0,37	"	bedeckt	"
Nachm. 9 "	27° 11,7"	+ 7,5	0,63	N. O.	f. bew.	trüb

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Koenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 11. Mai. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement. Zum Vortheil der Pensionsanstalt der großh. Hofbühne. Kaiser Rothbart, phantastisches Festspiel in 2 Akten, von Otto Devrient. Musik von Karl Will. Anfang 1/2 7 Uhr.

Freitag 12. Mai. 2. Quartal. 67. Abonnementsvorstellung. Der Postillon von Conjeumeau, komische Oper in 3 Akten, von Adam. Anfang 1/2 7 Uhr. „Mabelaine“ — Frau. Deichmann vom Stadttheater in Bremen, „Biju“ — Hr. Schmid vom Stadttheater in Nürnberg, als Gäste.

